Linksfraktion Berlin

1. Februar 2007 | Carl Wechselberg

Unser Ziel ist Nachbeurkundung, um endlich eine abschließende Lösung für die Modrow-Grundstücke zu finden

6. Sitzung des Abgeordnetenhauses von Berlin zu Grundstückskauffällen nach dem Verkaufsgesetz vom März 1990 zu landeseigenen

Carl Wechselberg (Linksfraktion):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Bei Ihrem Beitrag, Herr Kollege Czaja, wird vor allen Dingen die Frage aufgeworfen, warum Ihre Partei, die in der vereinigten Bundesrepublik viele Jahre lang regiert hat, nichts unternommen hat, um eine einheitliche Bundesgesetzgebung zu schaffen,

[Zuruf von Oliver Schruoffeneger (Grüne)]

die verbindlich und abschließend die Legalität der Modrow-Grundstücksverkäufe feststellt und sichert.

[Beifall bei der Linksfraktion - Vereinzelter Beifall bei der SPD -Zuruf von Gregor Hoffmann (CDU)]

Ganz im Gegenteil hat Ihre Partei auf Bundesebene mit dem Sachenrechtsbereinigungsgesetz und dem sogenannten Entschädigungsgesetz nichts unversucht gelassen, um die Legitimität der Bodenrechtsgesetze der demokratisch gewählten Volkskammer von 1989 zu unterminieren. Warum haben Sie darüber hinaus die Frage der Modrow-Grundstücke nicht abschließend und verbindlich geklärt, als Sie in Berlin regierten?

[Mario Czaja (CDU): Haben wir ja!]

- Nein, haben Sie nicht! Sie hatten doch alle Zeit der Welt und eine klare politische Mehrheit in diesem Haus hinter sich, alle Grundstücke ausnahmslos zu beurkunden. Die Schlamperei von Politik und Verwaltung, die Sie an anderer Stelle beklagen, ist doch vor allem und zuerst Ihre eigene. Vor diesem Hintergrund wiegt der Antrag, den Sie heute stellen, vergleichsweise gering gegenüber dem tatsächlichen Versagen Ihrer Partei, als Sie real hätten handeln können.

[Beifall bei der Linksfraktion - Vereinzelter Beifall bei der SPD]

Das gesagt, handelt es sich hier zweifellos um ein kompliziertes Thema, das gleichermaßen komplexe rechtliche und politische Fragen berührt und in hohem Maße symbolisch aufgeladen und emotional belastet ist. 18 Jahre nach der Vereinigung ist die Berliner Politik vor allem verpflichtet, endlich eine abschließende Lösung für diese sogenannten Modrow-Grundstücke zu finden, endgültig, rechtsverbindlich und sorgfältig abgewogen.

[Mario Czaja (CDU): Wäre ja schön gewesen, wenn Sie es nicht verhindert hätten!]

Linke und SPD fordern deshalb den Senat mit ihrem Änderungsantrag auf, die abschließenden Voraussetzungen für eine solche Schlussentscheidung zu schaffen und dem Abgeordnetenhaus die abgestimmte und umfassend begründete Haltung der Exekutive in dieser Frage zu übermitteln. Wir werden zugleich in einen intensiven Klärungsprozess innerhalb der Regierungskoalition eintreten und uns um einen Konsens zwischen Linkspartei und SPD bemühen, der zurzeit in dieser Frage nicht besteht.

Lassen Sie mich knapp die Haltung meiner Fraktion in dieser Sache skizzieren und dafür werben, dass wir aus unserer Sicht klug beraten sind, diese Entscheidung im Sinn der wenig verbliebenen Antragsteller aus dem Osten dieser Stadt zu fällen, und zwar durch die Nachbeurkundung der Grundstücke. Mich hat hierzu

folgende rechtssystematische Überlegung besonders überzeugt: Wie sollte es gegenüber den verbliebenen 225 Antragsstellern, deren Grundstücke noch nicht nachbeurkundet wurden, gerecht und vermittelbar sein, von derjenigen Rechtspraxis abzuweichen, die im Land Berlin 7 000 anderen Antragsstellern mit identischen Anspruchsgrundlagen bereits zuteil geworden ist? Man mag heute zu den Modrow-Kaufkonditionen stehen, wie man will, sie sind historisch begründet. Das kann doch aber kein Grund sein, von der eingeübten Rechtspraxis nur deshalb abzuweichen, weil diese 225 Betroffenen am Ende der langen Warteschlange vor den Amtsschaltern stehen und nicht an deren Anfang. Das wäre mit rechtsstaatlichen Grundsätzen sicher nicht vereinbar.

[Mario Czaja (CDU): Dann können Sie unserem Antrag ja zustimmen!]

Ein Zweites tritt hinzu. Die Frage der Beurkundung hat unser Haus auch deshalb so oft und intensiv befasst,

[Mario Czaja (CDU): Was ist denn eigentlich »unser Haus«?]

weil es sich hier ganz offenkundig um eine hochsymbolische Frage für die Integrität von Politik und Rechtsstaat im Vereinigungsprozess zwischen Ost- und Westdeutschland handelt. In der vor uns liegenden abschließenden politischen Bestimmung der Position von Exekutive und Parlament liegt deshalb auch eine Chance, Trennendes zwischen Ost und West zu überwinden. Lassen Sie uns im kommenden halben Jahr konstruktiv mit einem klugen Blick für historisch begründete Rechts- und Interessenlagen und mit Großzügigkeit in einem letzten Schritt hin zum Abschluss der vereinigungsbedingten Sonder- und Übergangsrechte arbeiten!

Zu Ihrer Frage, Herr Kollege Czaja, weshalb wir Ihrem Antrag nicht zustimmen: Weil wir uns in dieser Koalition zu diesem Zeitpunkt nicht auf eine Zustimmung einigen konnten.

[Mario Czaja (CDU): Das waren wir damals auch mit der SPD, dennoch haben wir den Antrag eingereicht!]

Das ist das Wesen einer Koalition. Es gehört zu einer funktionierenden Koalition, dass man als Partner nur das tut, worauf man sich gemeinsam einigen kann und nicht auf das, was man im Einzelfall selbst für richtig hält.

[Mario Czaja (CDU): Das ist das Zeichen eines schwachen Partners!]

Das ist das, was diese Koalition auszeichnet, dass wir auch dann zusammenstehen, wenn wir uns in einer Frage nicht einig sein sollten. - Danke schön!

[Beifall bei der Linksfraktion und der SPD]

Quelle:
http://www.linksfraktion-berlin.de/nc/parlament/plenardebatte/detail/artikel/unser-ziel-ist-nachbeurkundung-2/